Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr,
Nachmittags —6 Uhr.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,250.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 68. Donnerstag den 9. März 1882. 76. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Freitag, den 10. März,
Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Der Vorbereitungsgottesdienst für den ersten diesjährigen Bußtag findet **Donnerstag den 9. d. Mts.** Abends 6 Uhr und zwar **nur** in der **Nicolaikirche** statt.

Leipzig, den 4. März 1882.

Die Kircheninspection für Leipzig.
Der Superintendent Der Rath der Stadt Leipzig.
D. Lechler. Dr. Georgi. Harrwitz.

Bekanntmachung.

Wir bringen in Erinnerung, daß nach unserer Bekanntmachung vom 22. Juni 1880 im laufenden Jahre und spätestens **bis zum 1. September dieses Jahres,** bei 25 ℳ Strafe für jeden Ungehorsamsfall, die Besitzer von Grundstücken in der Alexanderstraße, am Bairischen Platze, in der Carl-, Eisenbahnstraße, am Fleischerplatz, in der Gartenstraße, soweit hier die Bebauung vorgeschritten ist, in der Humboldt-, Kohlen-, Kurzen Straße, an Löhr's Platz, in der Mittelstraße, am Neukirchhofe, an der Pleiße, im Ranstädter Gäßchen, in der Rendnitzer-, Rudolphstraße, am Taubchenweg, in der Thalstraße, Theatergasse, am Theaterplatz, in der Ulrichsgasse, Wald- und Zeitzer Straße,

ebenso **bis spätestens 1. September 1883,** bei gleicher Strafandrohung, die Besitzer von Grundstücken in der Anton-, Auenstraße, Blumengasse, Brüder-, Carolinen-, Egel-, Friedrichs-, Frankfurter-, Georgen-, Glocken-, Kril-, Körner-, Linden-, Mahlmann-, Moritzstraße, im Raundörfchen, in der Seitengasse des Ranstädter Steinweges, an der 2. Bürgerschule, in der Seitengasse, Teich-, Liebigstraße und Webergasse,

die Fußwege längs ihrer Grundstücke in der in jedem einzelnen Falle von uns vorzuschreibenden Weise mit Granitplatten, bez. mit Granitschwellen und Mekaikpflaster zu belegen, und vor der Ausführung rechtzeitig und schriftlich Angabe dieser Vorschriften bei uns auszuwirken haben.

Gleiche Anordnung ertheilen wir hierdurch bezüglich der Fußwege am Fleßplatz, im Goldbahngäßchen, in der Platzengasse, und in der Promenadenstraße auf deren Tract zwischen der Elsterstraße und Lehmann's Garten, und setzen die Frist für deren Herstellung bis 1. September 1883 fest.

Leipzig, am 21. Februar 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Eichorius.

Bekanntmachung.

Die Geschwister Fräulein **Therese** und **Marie Thieriot** hier haben uns für das hiesige städtische Museum ein Oelgemälde von Spreese, die Marcuskirche in Venedig darstellend, aus dem Nachlasse ihrer verstorbenen Schwester Frau verw. **Mende** geb. **Thieriot** zum Geschenk gemacht.

Nachdem wir beschlossen haben, das Gemälde für unser städtisches Museum anzunehmen, bringen wir diese Zuwendung mit dem Ausdruck unseres Dankes hiermit zur öffentlichen Kenntniß.

Leipzig, am 6. März 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hennig.

Bekanntmachung.

Zu **Ostern d. J.** soll die 3. **Hilfslehrerstelle** an unserer **Realschule I. Ordnung,** welche mit einem Jahresgehalt von 1800 ℳ dotirt ist, anderweit besetzt werden und fordern wir daher geeignete Bewerber, welche die wissenschaftliche Befähigung zur Ertheilung des Unterrichtes in den **neueren Sprachen** besitzen müssen, hierdurch auf, ihre Bewerbungsgesuche mit Prüfungszeugniß und einem kurzen Lebenslauf bis spätestens zum **26. dieses Monats** bei uns einzureichen.

Leipzig, den 2. März 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Wilisch, Aff.

Bekanntmachung.

Wegen Weiterführung der Pferdebahngeleise aus dem Brühl nach dem Theaterplatz wird die **Straßenkreuzung zwischen Hainstraße, Große Fleischergasse** und **Theaterplatz** von

Montag, den 13. März d. J.

ab auf die Dauer der Arbeiten **für allen Fahrverkehr gesperrt.**

Leipzig, am 7. März 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hennig.

Bekanntmachung.

Von dem am 15. Juni 1881 verstorbenen Pastor emer. Herrn Dr. phil. Friedrich Adolf Huth sind dem Pensions-Fonds des hiesigen Stadttheaters

600 Mark

in zwei Leipziger Stadtschuldscheinen mit Talons und Coupons letztwillig zugewendet worden.

Wir fühlen uns gedrungen, für das durch dieses Vermächtniß der gedachten Pensions-Anstalt bewiesene Wohlwollen unsern Dank hiermit öffentlich auszusprechen.

Leipzig, den 7. März 1882.

Der Verwaltungs-Ausschuß des Theater-Pensions-Fonds.

Bekanntmachung.

Die beiden, von der Stadt zum allgemeinen Gebrauche angeschafften, im Souterrain des Museums aufbewahrten **Leichentücher** werden durch den dasigen Hausmeister zur Benutzung bei Leichenbestattungen für 9 ℳ ausgeliehen und wird für diese Taxe gleichzeitig das zum Auflegen auf den Sarg bestimmte Crucifix leihweise mit überlassen.

Leipzig, am 28. Februar 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Hennig.

Stockholz-Auction.

Montag, den 13. März c., sollen von Nachmittag 3 Uhr an auf dem Schlage in Abth. 27a des Burgauer Forstreviers, in der Lindenauer Gottge, an der **grünen Linie** ca. **330 klein gemachte Stockholzhaufen** unter den im Termine öffentlich ausgehangenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an Ort und Stelle nach dem Meistgebote verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Schlage in der Lindenauer Gottge.

Leipzig, am 2. März 1882.

Des Raths Forst-Deputation.

Die Brod- und Fleischlieferung für die Irrenklinik

(Windmühlenweg), als pro Tag

300 Stück Weißbrodchen,
50 Kilogr. Roggenbrod,
38 „ Fleisch (Rind-, Kalb-, Schöpsen- und Schweinefleisch)

ist zu vergeben. Offerten sind bis

zum 20. dies. Mts.

im Administrationsgebäude, woselbst auch die näheren Bedingungen zur Einsicht bereit liegen, abzugeben.

Leipzig, den 7. März 1882.

Die Direction der Irrenklinik.

Nichtamtlicher Theil.

Die Bewilligung des Gesandtenpostens bei der Curie.

Durch eine aus den conservativen Parteien und dem **Centrum** gebildete Mehrheit ist im preußischen Abgeordnetenhause die für die Wiedereinrichtung einer ständigen diplomatischen Vertretung beim päpstlichen Stuhl geforderte Summe gegen den Widerspruch der liberalen Parteien genehmigt worden.

Als im Jahre 1874 die diplomatischen Beziehungen des **Reiches** mit **Rom** abgebrochen wurden, stand der kirchenpolitische Streit im Zenith und das feindliche Verhältniß zwischen Rom und dem Reiche war auch äußerlich so schroff und verletzend hervorgetreten, daß man wie in andern Kriegen auf einen geordneten amtlichen Verkehr verzichten zu müssen glaubte. Seitdem sind die Verhältnisse in mancher Hinsicht andere geworden. Seit Jahr und Tag sind, wenn auch nur in außerordentlichen Missionen, die Verhandlungen mit der Curie wieder aufgenommen worden; die Gesetzgebung bemüht sich, einen Boden des Ausgleichs zu finden; auch die Stellung des Centrums ist nicht mehr die alte. Als äußeres Zeugniß der wesentlich anders gewordenen Sachlage und neuen Beweis ihres Strebens, den Friedensschluß zu fördern, hatte jetzt die preußische Regierung die Wiedererrichtung einer ständigen Vertretung bei der Curie vorgeschlagen. Es soll jetzt eine **preußische** Gesandtschaft sein, während es vor 1874 eine **Reichs**gesandtschaft war; wir legen darauf keinen besonderen Werth; immerhin aber kann es als ein Beweis aufgefaßt werden, daß auch der Reichskanzler die Frage nicht als eine solche der großen europäischen Politik betrachtet, sondern als eine innere Angelegenheit Preußens und seiner kirchlichen Politik. Es liegt sonach auch in der Verweigerung dieser Forderung kein Mißtrauen gegen die Leitung der auswärtigen Politik, sondern höchstens ein Zweifel, ob die neueste Kirchenpolitik auf dem richtigen Wege ist.

In der ganzen Welt und besonders in ultramontanen Kreisen wird diese Gesandtschaft als ein neues Zeichen des Entgegenkommens und der Friedenssehnsucht des Staats aufgefaßt, wie die Beseitigung seiner Zeit als die offenste Erklärung des Krieges. Immer neue Friedensunterpfänder darzubieten ohne irgend welche Erwiderung hat aber der preußische Staat offenbar keinen Anlaß, in einem Augenblick, wo alle Anzeichen schließen lassen, daß die neuesten Verhandlungen bei der Curie auf nichts als Ablehnung oder äußerste Zurückhaltung stoßen. Das Beste, was man zur Empfehlung des Vorschlags sagen kann, ist ohne Zweifel Das, daß diese Gesandtschaft bestimmt sein soll, die kirchenpolitischen Dinge bei der Curie in einem dem Staat günstigeren und vorurtheilsfreieren Lichte erscheinen zu lassen, als es durch den Verkehr mit den kirchlichen und parlamentarischen Häuptern des deutschen Ultramontanismus geschieht.

Herr Windthorst hatte davon ein Gefühl, als er in der Debatte bemerkte, es werde hoffentlich nicht zu den Geschäften des neuen Gesandten gehören, die Centrumsfraction und ihre Führer in falschem Lichte darzustellen. Allein trotz der Aussicht, daß die neue Gesandtschaft in gewissem Sinne als ein Zug gegen das Centrum gemeint sein könnte, hat diese Partei einstimmig für die Bewilligung gestimmt. Das Centrum wird sich seiner sicheren Position in Rom wohl genug bewußt sein, um eine solche Gefahr nicht ernstlich zu fürchten, und der Gewinn für die päpstliche und ultramontane Sache ist ihm jedenfalls höher und gewisser. Dieselben Erwägungen haben die liberalen Parteien bewogen, gegen die Positionen zu stimmen, von deren Bewilligung sie sich zur Zeit wenigstens einen praktischen Nutzen für Wiederherstellung eines ehrenvollen Friedens nicht versprechen konnten, wohl aber mancherlei Mißdeutung und Erweckung neuer Illusionen im ultramontanen Lager erwarten zu müssen glaubten.

Leipzig, 9. März 1882.

Dienstag Nachmittag 2 Uhr fand eine Plenarsitzung des Bundesraths statt. Auf der Tagesordnung standen u. A. der Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Landeshaushalts-Etats für Elsaß-Lothringen für 1882/83 und der Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen über die anderweite Einrichtung der Cassen-Verwaltung, beide nach den Beschlüssen des Landesausschusses; außerdem die zweite Berathung des Entwurfs von Grundsätzen für die Besetzung von Stellen mit Militäranwärtern und die Beschlußfassung über den Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen, betreffend die Gerichtskosten und die Gebühren der Gerichtsvollzieher nach den Beschlüssen des Landesausschusses.

Die „Nationalliberale Corresp." schreibt: „Die „Tribüne" ist durch die Haltung des Herrn v. Bennigsen und seiner Anhänger in der kirchenpolitischen Commission auf das Peinlichste berührt. Wir würden dem Blatt der „aufrichtig Liberalen" rathen, das Ende der Verhandlungen abzuwarten, ehe es über die nationalliberale Kirchenpolitik ein Urtheil fällt. Wir sind auch von der secessionistisch-fortschrittlichen Kirchenpolitik nicht immer angenehm berührt gewesen, weder als Herr von Forckenbeck in Oels die Parole der Weisen der Maigesetze ausgab und in Schlesien und am Rhein ultramontane Wählerstimmen auf Kosten der Falk'schen Gesetzgebung eingehandelt wurden, noch als Herr Windthorst seinen großen Triumph im Reichstag durch die Unterstützung fast der ganzen Fortschrittspartei und der Hälfte der „liberalen Vereinigung" feierte, noch durch das „aufrichtig liberale" Kirchenprogramm, welches die „Einmischung" des Staats in das gesammte sogenannte innere Gebiet der Kirche festhalten will, sich beifälligster Aufnahme im Centrum erfreut und demnächst seine Probe in einigen neuen Anträgen Windthorst-Brüel zu bestehen haben wird."

Ein interessantes Licht auf die pecuniäre Seite der Wahlagitation fällt durch den in der „Parlamentarischen Correspondenz" der Fortschrittspartei erstatteten Rechenschaftsbericht des Centralwahlcomités. Die Fortschrittspartei hat danach für die letzten Reichstagswahlen über nahezu eine viertel Million (238,720) Mark verfügt und dieselben bis auf einen kleinen Rest verbraucht. Unter Anderm sind als Besoldungsfonds für Reichstagsabgeordnete 50,000 Mark ausgeschieden worden. Keine andere Partei dürfte auch nur von fern über ähnliche Summen verfügt haben. Daß es bei uns möglich ist, solche riesigen Summen in einem einzigen Wahlkampf aufzubrauchen, ist kein erfreuliches Zeichen der Zeit.

Vom Insurrectionsschauplatze wird aus Wien unter dem 7. März officiell gemeldet: „Behufs Säuberung der Gegend von Dubocani von Insurgenten wurde eine Colonne unter dem Obersten Zambauer die Narenta abwärts entsendet und Hauptmann Loy in Konjica angewiesen, diese Unternehmung zu unterstützen. Letzterer griff sofort nach seinem Eintreffen in Dubocani 40 Insurgenten an, welche unter Zurücklassung von 3 Todten und 4 Verwundeten zersprengt wurden. Die Truppen, welche keine Verluste hatten, fanden in der vom Feinde geräumten Stellung Steinschanzen und Höhlen mit Proviantresten vor. Oberst Zambauer traf keine Insurgenten an. — Nach Zagorje ist ein großer Theil der männlichen Bevölkerung zurückgekehrt. — Auf Streifzügen, welche am 5. d. M. gegen Riska und Lupavac, sowie von Nevesinje nach Jaseua unternommen wurden, sind keine Insurgenten angetroffen worden. Bei einer Durchstreifung der Bidusso-Planina wurden in Blasko 14 Verdächtige gefangen genommen. Am 4. März fand ein kurzes Gefecht bei Stodzigrin zwischen Gendarmen und Insurgenten statt. Letztere ergriffen die Flucht; die Truppen hatten keine Verluste. In der Nacht vom 4. auf den 5. März gab es Geplänkel bei Greben und Kneziac."

Aus Sarajewo wird der „Pol. Corresp." gemeldet: „Am 1. d. M. wurden einem Armeelieferanten aus Ljubinje mehrere Stück Vieh durch eine 20 Mann starke Bande weggetrieben. Der Serdar Kaladjic aus Joica (an der Straße von Trebinje nach Ljubinje), griechisch-orthodoxen Bekenntnisses, machte sich mit seiner mobilen Colonne von 20 orthodoxen Panduren und 4 Gendarmen spontan zur Verfolgung der Bande auf. In Blaska wurden die Panduren von der Bande angeschossen; es entspann sich ein Kampf, bei welchem ein Pandur getödtet und ein zweiter schwer verwundet wurde. Das geraubte Vieh wurde der fliehenden Bande abgenommen. Der gefallene Pandur wurde unter größter Betheiligung der griechisch-orthodoxen Bevölkerung von Joica, welche der lebhaftesten Erbitterung gegen die Insurgenten Ausdruck gab, zur Erde bestattet. Se. Maj. der Kaiser geruhte dem alten Vater des gefallenen Panduren eine Spende von 100 Ducaten, dem schwerverwundeten Panduren, welcher Vater von 3 Kindern ist, eine solche von 50 Ducaten zuzuwenden. Dieser Act allerhöchster Freigebigkeit rief unter der Bevölkerung einen tiefen Eindruck hervor."

In St. Petersburg waren während der letzten paar Tage und namentlich am 2. dss. Gerüchte im Umlauf, daß die Minister Giers und Bunge in Folge der von Graf Ignatieff eingeschlagenen Politik beim Kaiser ihre Entlassung nachgesucht hätten. Der Umstand, daß Graf Walujew jüngst eine Privat-Audienz beim Kaiser hatte, wird als ein Zeichen betrachtet, daß er zum Nachfolger Ignatieff's ernannt werden wird. Es verlautet, General Baronow, der Gouverneur von Archangel, der gegenwärtig in Petersburg weilt, werde zum Generalgouverneur der Ostseeprovinzen, aus denen wiederum ein Gouvernement gebildet werden soll, ernannt werden. — Der Curator der Universität und des Unterrichtsbezirkes von Dorpat, Baron Stackelberg, wird, wie es heißt, in Kurzem durch Herrn Balutschkow, den früheren Curator des Districts Wilna, ersetzt werden. Dieser Wechsel hat offenbar den Zweck, die russische Stimmung in Dorpat zu erhöhen.

Die Rede des russischen Generals Skobeleff in Warschau hat jedenfalls die Beurtheilung seines Auftretens überhaupt noch bedenklicher gestaltet. Die „Kreuz.", die diese Auffassung bestätigt, äußert sich in scharfer Weise über die sich in dem Auftreten des Generals bekundete Disciplinlosigkeit, indem sie schreibt: „Die betreffenden Aeußerungen in einer Frühstücksstube liefern allerdings zunächst einen neuen Beitrag zur Beurtheilung des Mannes, um den es sich handelt. In politischer und internationaler Beziehung scheint uns dieser Zwischenfall einen erschwerenden Charakter für den ganzen Vorfall zu haben. Wenn der Kaiser von Rußland den General zurückruft, um sich am Hoflager über seine bisherigen Aeußerungen wirklich ernst zu verantworten, so ist es jedenfalls ein mehr als auffälliges Benehmen, wenn der General diese Rückreise benutzt, um sich von Neuem und gegenüber einem neuen Factor der nächsten russischen Bewegung auszusprechen. Wir haben von vornherein den ganzen Hergang besonders in seiner Bedeutung für die inneren russischen Verhältnisse aufgefaßt und gewiß ist es nicht gerade ein Beweis für die Autorität der russischen Regierung, wenn ein von ihr zur Rechenschaft gezogener Mann unmittelbar vor seiner Verantwortung dasselbe thut, worüber er sich gerade verantworten soll. Die Mächte haben nach unserer Auffassung zunächst danach zu fragen, welchen Werth unter solchen Umständen irgend welche Versicherungen der russischen Regierung noch haben können und ob in Rußland der Kaiser wirklich regiert oder die Hintermänner des Generals Skobeleff." Man bemerkt diesen Artikel, der jedenfalls den Nagel auf den Kopf trifft, aus dem Grunde, weil man darin die Stimme eines Höheren als die der „Kreuzig." vernehmen zu müssen glaubt.

„König" Milan Obrenowics I. hat Glück. Auch die Anerkennung des von dem serbischen Fürsten angenommenen Königstitels durch Deutschland steht unzweifelhaft bevor; ebenso scheint die russische Anerkennung gesichert; die österreichischen officiösen Organe haben sich schon bereit, die Rangerhöhung Serbiens sympathisch zu begrüßen. Diplomatische Schwierigkeiten stehen daher dem Eintreten Serbiens unter die Königreiche nicht entgegen. Serbien ist durch diese Metamorphose zwar nicht größer, seine anderthalb Millionen Unterthanen nicht zahlreicher, sein Herrscher in Europa nicht einflußreicher geworden. Es ist aber seit Jahren offenes Geheimniß, daß die europäischen Cabinete über die Tapferkeit der Serben während des Türkenkrieges und über den Tact und die Gebarungsweise der serbischen Diplomatie so hoch nicht dachten, daß sie dem Könige von Ungarn einen Nachbar an der Südgrenze hätten geben wollen, der sich gleichen Rang und Titel beilegt. Oesterreich wünschte die Erhebung Serbiens zum Königreiche nicht und die Cabinete standen auf Seiten Oesterreichs. Jetzt hat Serbien aus eigener Machtvollkommenheit gehandelt, ob nach eingeholter und erlangter Zustimmung der Mächte, ist fraglich, jedenfalls zweifelhaft. Interessant wäre es, wenn der Preis, der Oesterreich für die „loyale Haltung", die Serbien dem bosnischen Aufstande gegenüber beobachtete, zahlte, in der Einwilligung zur Erhebung des Fürstenthums zum Königthum bestanden hätte. Oesterreich scheint für sein bisheriges Bosnien noch lange bezahlen zu müssen. Und es hat das bisherige Bosnien zudem noch nicht einmal verwaltet, vielmehr noch immer nur eine türkische Provinz. Die Sünden aus den Zeiten des letzten Türkenkrieges rächen sich allenthalben. Hat Europa stillgeschwiegen, als Serbien wort- und vertragsbrüchig zum zweiten Male gegen die Türkei ins Feld zog, was kann jetzt dasselbe Europa sagen, wenn die serbische Volksvertretung den Fürsten zum Könige ausruft und der Fürst nach bekanntem Muster dem Willen seines treuen Volkes nachkommt. Fehlt nur noch der „König" von Montenegro — dann haben wir sie alle drei, die echten christlichen und nationalen Könige des Orients, Karol, Milan und Nikolaus, von denen höchstens der erstgenannte eine Stellung einnimmt, die seinem Titel in Etwas entspricht.

In Frankreich herrscht gegenwärtig über eine Reform große Befriedigung, die bereits unter Gambetta in Aussicht genommen, aber erst von dem gegenwärtigen Ministerium zur Ausführung gebracht worden ist. Sie besteht darin, daß einer ansehnlichen Zahl von Städten das Recht verliehen worden ist, ihre Bürgermeister vom Gemeinderathe wählen zu lassen. Auf diese Weise werden etwa 2800 Maires aus den Wahlen hervorgehen, die bisher von der Regierung ernannt wurden — eine Neuerung, welche den republikanischen Gedanken der Volksregierung zur weiteren Geltung bringt und politisch nicht ohne wichtige Folgen bleiben wird. — Die Gambettistische Presse wird trotzdem nicht müde, das Ministerium zu bekämpfen, ihre Unfähigkeit vorzuwerfen und das einzige Heil in der Einführung der Listenwahl zu finden. Die Hartnäckigkeit, mit der Gambetta dieser unpopulären Reform das Wort redet, beweist wohl, wie reich er noch immer an Zukunftshoffnungen ist. Soll er doch kürzlich Herrn Skobeleff versichert haben, es werde gar nicht lange währen, bis er wieder am Ruder sei und dann die russisch-französischen Allianzpläne von Neuem aufnehmen könne. Bei der Wetterwendigkeit der Franzosen wäre es freilich nicht überraschend, wenn seine Hoffnungen sich schneller verwirklichen sollten, als man es im Augenblicke für wahrscheinlich hält. — Eine tief einschneidende Aenderung wird demnächst die Justizpflege erfahren. In dem für die Reform des Richterstandes eingesetzten Ausschuß herrscht die Meinung vor, daß die Unabsetzbarkeit der Richter wenigstens zum Theil aufgehoben werden müsse. Ein bedeutender Theil der Commission ist sogar geneigt, die Richter aus Wahlen hervorgehen zu lassen. Es fragt sich jedoch, ob die Regierung zu einer so gefährlichen Neuerung ihre Beihülfe leihen wird.

Ueber die Sitzung der französischen Deputirtenkammer vom Dienstag wird aus Paris gemeldet: Erster Gegenstand der Tagesordnung war die Berathung des Berichtes, nach welchem der Antrag des Deputirten Bouffet, betreffend die Aufhebung des Concordats, in Betracht gezogen werden soll. Der Bischof Freppel sprach sich gegen den Antrag aus, indem er hervorhob, man könne wohl ein Gesetz aufheben, aber nicht einen Vertrag, welcher zwei Parteien mit einander verbinde. Freppel wies auf die Unruhen hin, welche die Aufhebung des Concordats hervorrufen würde. Nach den Unglücksfällen Frankreichs im Jahre 1870 müsse man auf die Vereinigung seiner Kinder bedacht sein, aber nicht auf deren Trennung. Bouffet führte aus, der Papst habe durch Publication des Syllabus selbst das Concordat aufgekündigt. Der Ministerpräsident Freycinet erklärte, die Regierung würde sich der Inbetrachtnahme widersetzen, wenn darin eine Präjudicirung der angeregten Frage liegen sollte, sie halte es indessen für vortheilhaft, daß eine eingehende Debatte Klarheit bezüglich der Frage der Beziehungen zwischen Staat und Kirche schaffe. Deshalb sei sie, indem sie sich vollkommen das Recht vorbehalte, die Basis des Antrages zu bekämpfen und das Concordat aufrecht zu halten, bereit, diese große Berathung zu beginnen, welche spätere Lösungen vorbereiten könne. Durch diese Erwägungen bewogen, sei die Regierung für die Inbetrachtnahme des Antrages. (Beifall.) Die Inbetrachtnahme wurde darauf mit 343 gegen 139 Stimmen angenommen. Eine Commission von 22 Mitgliedern wird den Antrag Bouffet prüfen und eben so den Antrag des ehemaligen Ministers Bert, betreffend die Regelung der Beziehungen zwischen Kirche und Staat in Algier.

In den Pariser Kreisen bespricht man sehr lebhaft den Plan der Reorganisirung Tunesiens. Den Fortbestand

SLUB
Wir führen Wissen.